

Berliner Tageblatt

XIV. Jahrg. Nr. 4

22. Januar 1925

Er erscheint Donnerstag; Bezugspreis für das Ausland: jährlich: Ägypten 20 Sh., Argentinien 100 Pesos, Belgien 90 Frs., Bolivien 5 U.S.A., Brasilien 30 Milreis, Bulgarien 500 Lewa, Chile 50 Pesos, China 25 Sh., Kolumbien 5 U.S.A., Dänemark 25 Kr., Ecuador 5 U.S.A., Estland 1000 estn. M., Finnland 150 Finn. M., Frankreich 90 Frs., Griechenland 330 Drachmen, Grossbritannien u. Kol. 25 Sh., Holland 15 H., Italien 15 Lire, Japan 12 Yen, Jugoslawien 320 Dinars, Lettland 1200 Lett. Rub., Litauen 40 Lit., Luxemburg 90 Frs., Mexiko u. Kubas 5 U.S.A., Niederländisch-Indien 15 H., Norwegen 25 Kr., Österreich 37500 österr. Kr., Paraguay 15 arg. Pesos, Peru 10 Lp., Polen 40 Portul., Portugal 120 Esc., Rumänien 60 Lei., Schweden 20 Kr.

Wochen-Ausgabe für Ausland und Uebersee

Schweiz 30 Fr., Spanien 30 Pesetas, Tschechoslowakei 150 Kr., Türkei 25 Sh., Uruguay 5 Pesos, Venezuela 5 U.S.A., Vereinigte Staaten (U.S.A.) 5 C., Zentralamerika 5 U.S.A. Anzeigen für die zwölfgespaltene Nonpareilzeile (Buddi-Mos ses Normalsatzzeilenm. 1) 600 Gm. freiliegend, Extra-Deutsches Waren 0,75 Gm. für die 27 mm breite Zeile. Alleinst. Anzeig. gen. Annahme: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Berlin SW 11, Breite-Str. 1, Dresden: Düsselstr. 1, Frankfurt a. M.: H. Amberg, Halle a. S.: Köln a. Lth., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Prag, Wien, Budapest, Warschau, Bukarest, Amsterdam, Basel, Zürich, Brno u. Verlag von Rudolf Mosse, Berlin. Telegr.-Adr.: „Berlita“ Berlin. - Rudolf Mosse-Ges.

Der Geldmarkt der Welt.

Die Lage des internationalen Kreditwesens.
Von unserem Berichterstatter
Günther Stein (London).

Zu Beginn des neuen Jahres zeigen sich an allen Gebieten der Weltwirtschaft deutliche Zeichen einer günstigen Entwicklung. Die Effektenbörsen sind sowohl in Europa als auch in den überseeischen Ländern durchaus fest und in den meisten Papieren sind während der letzten Wochen Kurssteigerungen zu verzeichnen. An den Valutamärkten vollzieht sich jetzt allmählich die seit Jahren für die Wiederbelebung des Welthandels notwendige Annäherung der verschiedenen Währungen aneinander. Es ist eine erhebliche Senkung des Dollarkurses an den meisten Börsen erfolgt, die auf die grossen amerikanischen Kreditgewährungen und Goldverschiffungen nach dem Auslande zurückzuführen ist. Während im vorigen Jahre keine einzige europäische Valuta auf ihrer Goldparität notierte, sind jetzt die Devisen Stockholm, Amsterdam und Bern dem amerikanischen Dollar wieder ebenbürtig geworden und zeitweise notierten sie sogar einige Procente über Parität. Gleichzeitig ist, was für die Entwicklung des Welthandels eine ganz besonders grosse Bedeutung hat, das englische Pfund so stark gestiegen, dass es nur noch um ca. 2 pCt. unter seinem Goldwerte steht. Das Vertrauen zur Kreditwürdigkeit der europäischen Länder, ohne das sich der Welthandel ja nicht wieder zu erholen vermag, ist in beachtenswertem Masse zurückgekehrt, was sich am deutlichsten in der ausserordentlichen Höhe der Auslandskredite zeigt, die die Vereinigten Staaten im letzten Jahre gewährt haben. Es sind nicht weniger als 1200 Millionen Dollar, von denen ein sehr erheblicher Teil nach Deutschland gegangen ist. Aber auch der englische Geldmarkt hat, obwohl er in dieser Beziehung heute noch weit hinter dem amerikanischen zurückbleibt, in wachsendem Masse aus Ausland bzw. Deutschland Kredite gewährt. Diese haben im Jahre 1924 95,3 Millionen Pfd. Sterl. betragen.

Die Geldsätze haben sich in den letzten Wochen infolge der allgemeinen Geschäftsbelebung an den Effektenbörsen im Handel und in der Industrie etwas befestigt. Doch sind die Diskontsätze sowohl in New York als auch in London nicht erhöht worden, so dass die aufstrebende Konjunktur durch keine Verengung des Geldes gehemmt wird. In Deutschland konnte allerdings bisher der hohe Diskontsatz von 10 pCt. noch immer nicht ermässigt werden, da trotz reichlicher Kapitalzufuhr aus dem Auslande immer noch ein so starkes Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage am Geldmarkt herrscht. Immerhin bestehen Aussichten, dass sich in absehbarer Zeit auch in bezug auf die Diskontsätze der Notenbanken die Tendenz zu einem Ausgleich der starken internationalen Gegensätze auf allen Gebieten der Wirtschaft durchsetzt, die in der Zunahme der Ueberweisung von Depositengeldern aus Ländern mit niedrigen Geldsätzen in Länder mit höheren Geldsätzen ihren Ausdruck findet.

Zunahme des internationalen Handels.

Die internationalen Handelsstatistiken für das Jahr 1924 bzw. für dessen erste 11 Monate zeigen, dass der Umfang des Welthandels nur noch um reichlich 10 pCt. geringer ist, als er vor Ausbruch des Krieges war. Er hat sich also bereits gegenüber den letzten Jahren erheblich vergrössert. Die starken Erhöhungen der Ein- und Ausfuhrziffern, die sich ergeben, wenn man den Geldwert des Handels — in Gold gerechnet — zugrunde legt, würden natürlich ein falsches Bild von den mengenmässigen Umsätzen ergeben. Man muss daher die seit der Vorkriegszeit vor sich gegangene Verteuerung der Warenpreise in Betracht ziehen. Das ist bei der oben angegebenen Ziffer geschehen.

Am ungünstigsten ist heute noch die Handelsbilanz Deutschlands, die erstens in den Umsatzziffern weit hinter denen des Jahres 1913 zurückbleibt und zweitens eine starke Steigerung des Ueberschusses der Importe über die Exporte aufweist. Während im Jahre 1913 die deutsche Einfuhr ca. 2490, die deutsche Ausfuhr ca. 2385 Millionen Dollar betrug, sind die entsprechenden Zahlen jetzt auf ca. 1990 bzw. 1470 Millionen Dollar zurückgegangen. Die Höhe des deutschen Passivsaldo der Handelsbilanz von ca. 520 Millionen Dollar wird lediglich von der englischen Ziffer, die 2550 Millionen Dollar beträgt, übertroffen. England führte im letzten Jahre ca. 5690 Millionen Dollar ein und exportierte nur für 3550 Dollar. Immerhin sind diese Umsatzziffern ungefähr entsprechend der Warenverteilung gestiegen, da sie im Jahre 1913 nur 3200 bzw. 2550 Millionen Dollar betragen. Ausserordentlich günstig ist die Handelsbilanz Frankreichs, das eine Ausfuhr von 2280 bei einer Einfuhr von nur 2150 Millionen Dollar zu verzeichnen hat. Weitans am besten haben natürlich die U.S.A. abgeschnitten, die im Jahre 1924 an Stelle Englands zum grössten Exporteur der Welt geworden sind. Sie führten für 4300 Millionen Dollar aus und nur für 3500 Millionen Dollar ein, so dass sich ein Aktivüberschuss von 800 Millionen Dollar ergeben hat.

Die Lage der internationalen Schifffahrt.

Der Senkung der internationalen Handelsumsätze um 10 pCt. steht gegenwärtig eine um ca. 33 pCt. vergrösserte Handelsflotte gegenüber. Aus dieser Tat-

sache erklärt es sich, dass auch während des letzten Jahres noch keine nennenswerte Besserung der Lage des Schiffbaues und der Schifffahrt eingetreten ist. Wenn auch die Zunahme des Warenhandels sich in einer vergrösserten Nachfrage nach Tonnage äusserte, so war doch keine nennenswerte Erhöhung der Frachtraten zu erreichen, da aus der ausserordentlich grossen Anzahl ausser Dienst befindlicher Schiffe jede Zunahme der Nachfrage nach Schiffsraum ohne weiteres befriedigt zu werden vermochte. Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte hat im letzten Jahre sein vorläufiges Ende erreicht, da man die Mittel, die aus Entschädigungszahlungen des Reiches, Kapitalserhöhungen der Schiffahrtsgesellschaften und Auslandsanleihen zur Verfügung standen, unerschöpflich fast ganz aufgebraucht hat. Wenn trotzdem nach den letzten bekannt gewordenen Ziffern die deutsche Werftindustrie wieder an zweiter Stelle der Schiffbauerschaft steht, so ist dieser Umstand hauptsächlich dem Vorliegen ausländischer Aufträge zu verdanken. Nach ihrem gegenwärtigen Stande ist die deutsche Handelsflotte, die durch Kriegsverluste und Ablieferungen an die Entente so gut wie beseitigt war, wieder auf ca. 50 pCt. der Vorkriegsstammzahl angewachsen.

Die Notwendigkeit rascher Räumung.

Eine Unterredung mit dem Oberpräsidenten Dr. Fuchs.
(Von unserem Korrespondenten.)

Koblenz, 15. Januar.
Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, gewährte mir eine Unterredung, in deren Mittelpunkt die Erörterung der Räumungsfrage stand.
„Das höchste Ziel des rheinischen Volkes“, erklärte der Oberpräsident, „ist die Befreiung. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Bevölkerung die schwersten Opfer auf sich genommen. Man hatte gehofft, dass, wenn keine Komplikationen einträten, der vertragsmässige Termin der Räumung loyal eingehalten würde. Diese Ueberzeugung war um so stärker, als wir uns einverstanden erklärt hatten, die unerhört schweren wirtschaftlichen Lasten des Londoner Abkommens zu erfüllen. Um so grösser ist nun die Enttäuschung in allen Kreisen des rheinischen Volkes über die Entscheidung des Botenbündnisses. Es ist ganz natürlich, dass die Arbeitsfreudigkeit, die Verpflichtungen des Dawes-Gutachtens zu erfüllen, unter diesen Umständen beinträchtigt und eine Verständigung erschwert wird. Es ist notwendig, dass in der Räumungsfrage eine rasche Regelung erzielt wird, die den deprimierten Zustand der Ungewissheit beseitigt. Ich vertraue darauf, dass eine solche Lösung im Interesse der Befriedung Europas recht bald erfolgt und die Politik der Versöhnung, die man in London begonnen hat, von den Alliierten fortgesetzt wird.“

Dr. Fuchs erinnerte an seine jüngste Rede in Köln anlässlich der Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, in der er darauf hingewiesen habe, dass man in

England mit der Zeit immer mehr erkennen werde, welcher mächtige Nachbar an seiner Seite emporgewachsen sei.

„Das rheinische Volk wird sein Schicksal mit Würde ertragen und sich nicht zu Unbesonnenheiten verleiten lassen. Die Beziehungen zur Rheinlandkommission sind korrekt. Ich halte es für meine Pflicht, diese Beziehungen so zu gestalten, wie es das Lebensinteresse der rheinischen Bevölkerung und des gesamten deutschen Volkes erfordert.“

Auf meine Frage, ob man daran denke, den Posten eines Reichskommissars wieder in Koblenz einzurichten, erklärte Dr. Fuchs am Schluss der Unterredung, dass diese Angelegenheit wohl in Berlin erörtert worden, aber vorläufig noch ungeklärt sei.

Der Kampf um die Arbeitszeit.

Um Achtstundentag oder Dreischichtensystem.
(Von einem gelegentlichen Korrespondenten.)

Aus dem Ruhrgebiet, im Januar.
Das Wirtschaftsleben des Ruhrgebietes steht zurzeit wieder einmal unter einem ausserordentlichen Druck. Die Lohnbewegung im Bergbau ist zwar durch die Verbindlichkeitsklärung des Zwangsschiedspruches beendet worden, doch ist mit dieser Verbindlichkeitsklärung die erhoffte und notwendige Beruhigung nicht eingetreten. Die Unternehmerkreise stehen auf dem Standpunkt, dass der Schiedsspruch sich in der Praxis nicht durchführen lassen wird, dass er vielmehr letzten Endes zur Einleitung von Feuerschritten führen muss, durch die die bewilligte Lohnerhöhung von 7 bis 8 Prozent wieder aufgehoben werden würde. Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse bei den südlichen Randzonen, deren Unternehmer bekanntlich eine Unterschreitung der Tarifsätze um 12 bis 15 Prozent gefordert hatten. Der abgeordnete Schiedsspruch hat ihnen 6 bis 9 Prozent bewilligt. Nach Ansicht der Unternehmer genügen diese Sätze bei weitem nicht, um die Rentabilität ihrer Zechen auch nur einigermaßen zu gewährleisten. Damit ist die Gefahr weiterer Stilllegung von Grubenbetrieben nahegerückt. Die Bergarbeiterverbände ihrerseits befürchten, dass die Durchführung des Schiedsspruches zahlreiche ausserordentlich schwierige Einzelverhandlungen mit den Grubenverwaltungen notwendig machen wird, die bei der ganzen Stimmung in den beteiligten Kreisen, den Charakter zäher Kleinkämpfe annehmen werden. Dass die Arbeitsfreudigkeit durch diese Dinge auf beiden Seiten nicht gerade gefördert wird, liegt auf der Hand.

Viel wichtiger jedoch und in seinen Folgen noch gar nicht abzusehen, ist der Kampf um die Arbeitszeit und die Arbeitsindustrie um die Frage des Arbeitszeitabkommens abzuspitzen beginnt. Das jetzige Arbeitszeitabkommen läuft bekanntlich am 28. Februar ab. Die Arbeitnehmer verlangen die Wiedereinführung des Dreischichtensystems, also achtstündige Arbeitszeit, wogegen die Unternehmer mit allem Nachdruck für die Beibehaltung des sogenannten Völklinger Zweischichtensystems eintreten. Um in dieser ausserordentlich wichtigen Frage ein klares und objektives Bild zu gewinnen, hat der vorläufige Reichswirtschaftsrat eine Besichtigung der Betriebe vorgenommen, und im Anschluss daran an die Betriebsräte einen Fragebogen versandt, der eine Reihe von Fragen enthält, deren Beantwortung durch die Betriebsräte zur Klärung der Sachlage dienen soll. Nehmen wir die Kernfrage heraus, so will der Reichswirtschaftsrat wissen, ob bei einer Einführung der achtstündigen Arbeitszeit oder der dreiteiligen Schicht eine Umorganisation in den Betrieben vorzunehmen werden muss; ob und wie sich diese Umstellung in der Lohnfrage wirtschaftlich auswirkt, ob durch das Dreischichtensystem die Einstellung vermehrter Arbeitskräfte notwendig wird, und ob schliesslich durch die Umorganisation eine organisatorische Störung des Betriebes oder eine Produktionsverminderung bei den Hochofen und Kokerieen zu befürchten ist, d. h. genauer ausgedrückt, ob die Arbeiter in den anderen mit den Hochofen und Kokerieen zusammenhängenden Betrieben nicht ebenfalls für sich den Dreischichtentag verlangen.

Über die Beantwortung der hier skizzierten Fragen und die Auswirkungen der in ihnen berührten Betriebsumstellungen geht die Ansicht nicht nur der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen auseinander, sondern auch die einzelnen Arbeiterorganisationen selbst stehen in der letzten Frage nicht auf dem gleichen Standpunkt. Die Arbeitgeber sind der Auffassung, dass eine Umsetzung der angeschnittenen Fragen in die Praxis unmöglich sei, sie versuchen den Nachweis zu erbringen, dass es wirtschaftlich untragbar sei, das Dreischichtensystem wieder einzuführen. Es wird weiter von ihnen darauf hingewiesen, dass auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus gesehen die jetzige Arbeitszeit unbedenklich sei. Weiter wird von den Arbeitgebern die Feststellung gemacht, dass die grösste Zahl der Unfälle im ersten Drittel der Schicht liege, und es wird dann aus dieser Feststellung der Schluss gezogen, dass, je länger die Arbeitszeit, um so geringer die Unfallgefahr sei. Demgegenüber hat der christliche Metallarbeiterverband in einem Schreiben an den Reichswirtschaftsrat darauf hingewiesen, dass diese Auffassung der Arbeitgeberverbände unhaltbar sei. In diesem Schreiben heisst es u. a.: „In der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1924 ereigneten sich bei der Friedrich-Alfred-Hütte Rheinhauten im Januar 119 Betriebsunfälle, Februar 216, März 253, April 235, Mai 295, Juni 253, Juli 278, August 268 und September 276, davon 3 mit tödlichem Ausgang. Was nun die zeitliche Lage der Unfälle betrifft, so mag es stimmen, dass die grösste Zahl im ersten Drittel der Schicht liegt. Die Gründe, welche aber dafür von den Arbeitgebern angegeben



Der neue Reichskanzler Dr. Luther.

Für die deutsche Musikinstrumenten- und Spielwaren-Industrie.